

Ausgabe
6/November
2002

magazin

Welt-Sotto



Für Fehler und Schrift haf tet der Stift

Dem Zeitgeist folgend wurde das Mensaessen mal wieder teurer. Man könnte ja nun viel um den heißen Brei herumreden, Fakt ist aber, dass man in vielen Betriebskantinen inzwischen preiswerter essen kann als in unserer Mensa. Warum? Ja, das fragen wir uns auch.

Die Preise wurden übrigens nicht nur bei uns erhöht, sondern sehr viele Menschen in Deutschland haben diesen Schritt gewagt. Als einziges Studentenwerk hat das in Darmstadt dazu auch eine offizielle Stellungnahme abgegeben. So stiegen die Marktpreise im Durchschnitt nur um 3 bis 5 Prozent, doch für Frischgemüse, Salat, Fisch und Obst zahlt man 30 bis 100 Prozent mehr. Und daher wurden die Preise für Tellergerichte (komplettes Essen) um 10 cent hochgesetzt. Danke Darmstadt.

Danke Karlsruher Studentenwerk, für eure Informationspolitik. Schätzungsweise sind die Preise bei uns aus denselben Gründen hochgegangen. Oder müssen wir, wie böse Zungen behaupten, mit der Preiserhöhung etwa die update-Mensa unterstützen???

Und nun unsere Vorschläge zur Preissenkung: Macht doch mal kleinere Portionen, seit es den Nachschlag nach seiner kurzen Renaissance nicht mehr gibt, wird man doch sowieso nicht satt und es fällt nicht auf, wenn man zwei Beilagen mehr nimmt, da denken wir doch eher, wir bekämen mehr fürs Geld. Oder schafft die Salatsossentheke wieder ab, so kleine umweltfreundliche Dressingbeutel könnte man genau wie Ketchup, Senf und Mayo extra verkaufen .

Zusätzlich zur Verteuerung ist das Essen auch mal wieder rechtzeitig zum Wintersemester schlechter geworden. Warum das so ist? Bestimmt, weil die hohen Erwartungen der Erstis erst einmal so weit gedrückt werden müssen, dass sie danach alles essen.

(jw)

Inhalt:

3: Menschenrechtssituation in Brasilien

5: Wahlen

6: Bauhelm-Einsatz

7: Rückmeldegebühren

8: 25 Jahre Unabhängiges Modell

10: Klappe halten, Studis!

11: Impressum

12: Kurz notiert und Termine

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im ersten Umag dieses Semesters hatten wir Euch eine Menge zugemutet. Mit 20 Seiten war es eines der dicksten. Dieses Mal ist es etwas weniger geworden, doch nicht weniger interessant.

Der AK Menschenrechte schildert die Menschenrechtssituation in Brasilien, einem Land von dem man meistens nur über Regenwald und Karneval hört. Das Leben ist lebensgefährlich, keine wirklich neue Erkenntnis. Dass Studi sich aber auch auf dem Campus in immer bedrohlichere Situationen begibt, darüber informiert uns die Fachschaft Mach/Ciw.

Im letzten Umag hatten wir Euch zum 25-jährigen Jubiläum des Unabhängigen Modells eingeladen, dieses mal findet ihr einen kurzen Bericht wie es war und ein paar Impressionen für alle, die nicht da waren.

Müssen wir bald 450 EUR an das Land bezahlen? Eine Entscheidung darüber steht noch aus, genauereres lest ihr auf Seite 10. Wenn ihr noch ein paar Euro extra verdienen wollt, um die neuen Mensapreise zu bezahlen, dann schaut auf der letzten Seite vorbei.

Ansonsten noch viel Spass beim Stöbern.

Euer UStA

(rth)

Menschenrechtssituation in Brasilien

Der AK Menschenrechte informiert:

In den Städten beherrschen Verbrechersyndikate die Elendsviertel, auf dem Land herrschen die Großgrundbesitzer. Die Regierungen beschließen immer wieder fortschrittliche Gesetze, doch es scheitert an deren Umsetzung. Wirtschaft und Verwaltung sind korrupt, die indigene Bevölkerung ist medizinisch unversorgt und wird verfolgt. Brasilien - ein Land, mit dem man hier bei uns vor allem ökologische Themen wie die Abholzung des ursprünglichen Regenwaldes oder den Raubbau tropischer Hölzer verbindet.

Vielleicht hat die eine oder der andere von Euch noch die Nachrichten von vor etwa 14 Tagen im Gedächtnis. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 61,48% im zweiten Wahlgang wurde der Arbeiterführer Lula da Silva zum Präsidenten gewählt. Große Aufgaben warten auf Lula: die Auslandsschulden, die medizinische Unterversorgung, die Armut (ein Viertel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze von umgerechnet 65 Euro monatlich), die Korruption und nicht zuletzt die Lage der Menschenrechte.

Menschenrechtsslage bleibt weiter schwierig

Vom 29. September bis 11. Oktober 2002 hielt sich der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Gerd Poppe, in Brasilien auf. Auszug aus dem Abschlußbericht: "Trotz vieler erkennbarer Bemühungen ist es in Brasilien bisher leider nicht gelungen, die durch die Verfassung und mehrere neue Gesetze sowie durch die Ratifizierung internationaler Konventionen verbrieften Menschenrechte in vollem Umfang durchzusetzen. So sind - trotz Folterverbot und Androhung schwerer Strafen - Folterungen und Misshandlungen in Polizeistationen und Haftanstalten zu beklagen. Die Justiz arbeitet langsam, die Straflosigkeit wird nur unzureichend bekämpft. Viele Gefängnisse sind in einem schlechten Zustand, z.T. auf dramatische Weise überbelegt.

Brasilien ist ein Land von kontinentalen Ausmaßen, daraus erklären sich viele regionale Besonderheiten der Menschenrechtsslage. Im Norden und Nordosten führt die - trotz begonnener Landreform - extrem ungleiche Landverteilung zu Menschenrechtsverletzungen und gewaltsmäßen Auseinandersetzungen. Die Rechte der indigenen Bevölkerung werden häufig nicht respektiert, auch

wenn die mit deutscher Hilfe begonnene Demarkierung ihrer Gebiete im Amazonasraum zu einigen Fortschritten führte. Obwohl rechtlich gleichgestellt, ist auch die schwarze Bevölkerung aufgrund der schwierigen sozialen Lage benachteiligt.

Die Menschenrechtsslage in Brasilien ist eng mit dem Problem der enormen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit verknüpft. Im Extremfall der Favelas, der Armenviertel in den Millionenstädten, führen Armut und Unterentwicklung häufig zum Entstehen rechtsfreier Räume, in denen die organisierte Kriminalität herrscht. Besonders alarmierend ist dort die hohe Mordrate, insbesondere die Zahl der ermordeten Jugendlichen, und die Tatsache, dass häufig Polizisten an Verbrechen beteiligt sind."

Folterungen und Mißhandlungen in Haft

Die Zustände in Gefängnissen und Jugendhaftanstalten sind katastrophal, dazu zählen vor allem bauliche Mängel sowie unzureichende Sanitäranlagen. In vielen Fällen sind die Gefängnisse hoffnungslos überbelegt. So wurden z.B. 280 Häftlinge in einer Polizeistation im Bundesstaat Minas Gerais in Räumlichkeiten untergebracht, die nur für 28 Gefangene vorgesehen sind. Einige der Gefangenen mussten ihre Notdurft auf Einwegtellern verrichten. Ihre Zellen durften sie nur alle zwei Wochen für eine Stunde verlassen.

UNO-Sonderberichterstattung über den Besuch in "Franco da Rocha", Mai 2001: "In jedem Flügel des Gefängnisses berichteten Häftlinge über Schläge, und die Spuren dieser Schläge waren noch sichtbar. In einem Flügel waren bei der überwältigenden Mehrheit der Gefangenen Wunden am ganzen Körper, einschließlich des Kopfes, sichtbar, die ihnen vor kurzem zugefügt worden waren und mit den Angaben übereinstimmten, man habe mit Eisenstangen und Holzknüppeln auf sie eingeschlagen."

Die meisten Folterungen und Mißhandlungen werden nach wie vor von Militär, Zivilpolizei sowie Gefängniswärtern begangen. Verdächtige werden gefoltert, um Geständnisse zu erzwingen, Gefangene mißhandelt, um sie unter Kontrolle zu halten oder auch um Geld zu erpressen.

Im Oktober 2001 startete die brasilianische Regierung eine Öffentlichkeitskampagne gegen Folter, die von vielen Nichtregierungsorganisationen sowie

Menschenrechtsorganisationen sehr skeptisch beobachtet wird. Die Regierung hat Werbespots geschaltet, die dazu ermutigen sollen Folterverdachtsmomente anonym telefonisch zu melden. Im ersten Monat sind 348 Fälle von Folter gemeldet worden, zu einer Verurteilung kam es bisher nur selten.

In einem Gefängnis in São Paulo wurden 17 Häftlinge von Wärtern gefoltert, die den Insassen vorwarfen, einen Fluchtversuch geplant zu haben. Die Verletzungen, die sich die Gefangenen dabei zugezogen haben, wurden nur unzureichend medizinisch versorgt. Auf Nachfrage teilte die Justizvollzugsbehörde amnesty international mit, daß eine Untersuchung die Foltervorwürfe nicht bestätigen konnte. amnesty international erhielt zahlreiche Berichte von Todesfällen in Haft. Einige sind auf übermäßige Gewalt-anwendung durch Polizei und Strafvollzugsbeamte zurückzuführen, andere Gefangene starben aufgrund unzureichender medizinischer Versorgung.

Korruption und Drogenhandel

Ein großes Problem in den Städten Brasiliens ist die Kriminalität. In den wenigen Ballungszentren treffen 80% der Bevölkerung zusammen. Die Hauptursache der Kriminalität ist der Drogenhandel. Ständige Umbesetzungen im Kabinett aufgrund zahlreicher Korruptions- und Betrugsfälle führten zu instabilen politischen Verhältnissen. In dem Korruptionsnetz sind auch viele Geschäftsleute des Landes verstrickt. Eine Verbesserung der Lage ist nicht in Sicht. Landesweite Streiks der Polizisten weisen auf deren schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen hin. Die Polizei ist damit den ganzen Problemen bei Weitem nicht gewachsen.

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2001 wurden 159 Menschen durch "Todesschwadronen" getötet. Menschenrechtsverteidiger, Politiker, Journalisten und Umweltschützer sind in steter Gefahr, Opfer von Mordandrohungen oder extralegalen Hinrichtungen zu werden. Insbesondere diejenigen, die Korruptionsfälle aufdecken konnten.

Darüber hinaus gibt es einflußreiche Verbrechersyndikate, die vor allem in den Favelas, den Elendsvierteln der Großstädte, das soziale Leben kontrollieren. Aus einem aktuellen Bericht von amnesty international: "In den über achthundert Favelas von Rio de Janeiro häufen sich Szenen wie diese: Mehrere Dutzend schwer bewaffnete Militärpolizisten umstellen mehrere Häuser und sichern mit Maschinengewehren den Abtransport der wenigen Besitztümer ihrer Bewohner. Kaum sind die Beamten abgezogen, werden die Häuser von Angehörigen einer der in den Slums herrschenden Gangsterbanden dem Erdboden gleichgemacht. Die



Gangsterkommandos befehlen den Familien, die Favela innerhalb weniger Stunden zu verlassen, weil sie die Anweisungen der Verbrechermilizen nicht befolgt hätten.“

Sklavenarbeit und Landlosenbewegung

Offiziell ist die Sklavenarbeit zwar seit 1888 in Brasilien abgeschafft, doch vor allem im Norden und Nordosten des Landes wird sie von vielen Großgrundbesitzern in moderner Form weitergeführt. Im vergangenen Jahr wurden 1100 Fälle von Sklavenarbeit registriert. Schuldsklaverei

kommt dabei am häufigsten vor. Landarbeiter werden mit Bezahlungsversprechungen angeworben. Dann werden ihnen jedoch die Kosten für Arbeitsmaterial und Verpflegung vom Lohn abgezogen. Lebensmittel können diese "Arbeiter" nur im Farmladen zu überhöhten Preisen erwerben, am Monatsende erhalten sie nicht nur kein Geld, sondern haben sich sogar verschuldet und müssen diese Schulden dann durch Arbeit abtragen. An Fluchtversuche ist selbstverständlich nicht zu denken, da genügend bewaffnete Aufseher bereitstehen.

Anfang dieses Jahres wurde ein Großgrundbesitzer ertappt und unter Arrest genommen. Nach drei Tagen war er jedoch frei, ohne Prozess - nur mit der Versprechung, den Sklaven zukünftig Lohn zu zahlen. Oftmals werden mehrfach hintereinander Sklavenarbeiter entdeckt, meist ohne Folgen. Nicht einmal die Bußgelder von ca. 50 Euro pro entdecktem Sklaven werden gezahlt.

Nach 500 Jahren ist die Kolonisation noch immer nicht abgeschlossen. Die ungerechte Verteilung von Grund und Boden, sowie die Bodenspekulationen stehen seit einigen Jahren im Zentrum vieler Proteste. Die Interessen der Großgrundbesitzer, Industrieunternehmer, Touristik, Holzfirmen oder Behörden werden stets höher bewertet als die der Indianer oder Kleinbauern. Die Indianer stellen heute etwa 0,3 Prozent der Gesamtbevölkerung dar. Ziel der brasilianischen Politik ist nach wie vor die Assimilation der Ureinwohner. Wehren sich die Ureinwohner gegen Landraub und besetzen ihre Gebiete, werden sie durch Pistoleiros mit Waffengewalt wieder vertrieben. In manchen Fällen schickt die Regierung Polizeitruppen zu den Unruheherden, diese verbünden sich jedoch in der Regel mit den Milizen der Großgrundbesitzer.

Amnesty international erreichen immer wieder Berichte über Tötungen von Personen, die sich für die Landlosen eingesetzt haben, oder Sprechern einzelner indianischer Gruppen.

Francoise Bärnreuther (AK Menschenrechte)

Wählen

Wählen sind wichtiger Bestandteil, wenn nicht der Grundstein der Demokratie. Daher wird auch in vielen Teilen der Erde gewählt. Doch oft werden Wahlen nicht demokratisch durchgeführt.

Anfang November wurde in der Türkei gewählt. Zahlreiche Organisationen warnten im Voraus vor Wahlmanipulationen. Doch nach der Wahl gab es kaum Berichte darüber, inwiefern sie fair und reibungslos verliefen. Vielmehr herrschte große Verwunderung, oder auch Entsetzen, über den enormen Erfolg einer pro-islamischen Partei.

In vielen Ländern verlaufen Wahlen äußerst fragwürdig. So sind Wahlregister nicht vollständig oder gar nicht vorhanden. Minderheiten haben teilweise gar nicht das Recht zu wählen. In China hat man die Auswahl überhaupt nur zwischen ein und derselben Partei. Jedoch kristallisieren sich innerhalb dieser Partei verschiedene Strömungen heraus.

Welchen Sinn hat eine Wahl, bei der es keine Auswahl gibt? Sie kann nur den haben, dieser einen Möglichkeit seine Unterstützung zu zeigen. Diese wurde dann in der Vergangenheit aber auch schon durch fliegende Urnen oder falsche Ergebnisse, z.B. in der DDR, erzwungen. In Indonesien herrschte bis 1987 sogar die Wahlpflicht. Es drohte Gefängnis, wenn man diese nicht erfüllte.

Faire Wahlen werden oft durch wilde Bestimmungen unterbunden. So wird der Wahlkampf auf wenige Tage beschränkt, Plakate und Kundgebungen werden verboten. Und „natürlich“ herrscht oft Zensur. Außerdem werden Parteien gar nicht erst zur Wahl zugelassen.

Spätestens seit der Wahl des amerikanischen Präsidenten George W. Bush ist zu erkennen, dass auch Länder, in denen Bildung und Industrialisierung sehr weit fortgeschritten sind, nicht in der Lage sind, Wahlen unanfechtbar durchzuführen. Unabhängige Wahlbeobachter wären also auch hier nicht fehl am Platz. Denn allein deren Anwesenheit trägt meist schon zu einer erheblichen Verbesserung der Bedingungen bei.

(jw)

Bauhelm-Einsatz am Maschinenbau- hochhaus

Wir schreiben das Jahr 1999. Ich war Schüler der 12. Klasse und hatte mir einen Tag frei genommen. Grund: Uni für Einsteiger, mein Ziel: das Gebäude 10.23, denn ich wollte mich über den Studiengang Maschinenbau informieren. Da ich zum ersten Mal einen Fuß auf den Campus setzte, hatte ich natürlich keine Ahnung, wo ich war und wo ich hin musste. Ich fragte also den ersten Studi, der mir über den Weg lief, wo denn das Gebäude 10.23 zu finden sei. "Geh einfach in diese Richtung! Das große, alte und häßlichste Gebäude, das ist es."

Wir schreiben das Jahr 2001. Ich war mittlerweile ordentlicher Student der Fachrichtung Maschinenbau und kannte mich einigermaßen auf dem Campus aus. Da fragte mich ein Erstsemester, wo er denn das Gebäude 10.23 finden könne. "Geh einfach in diese Richtung! Das große, alte und häßlichste Gebäude, das ist es."

Heute: Leider hat sich an diesem Zustand bisher noch nichts geändert, bis vor ungefähr einem halben Jahr... Der Jubel war groß, als auf einmal an einem Montag morgen ein Gerüst an der Fassade stand. Ernüchterung stellte sich jedoch ein, als wir erfuhren, dass das Gerüst nicht etwa zu Renovierungsarbeiten aufgestellt worden war, sondern einzig und allein dem Zweck diene, Passanten vor herabfallenden Teilen zu schützen.

Nun war das Maß so voll, dass die Fachschaft sich entschloss, in der Sache aktiv zu werden. In der

Nacht zum 50. Landesgeburtstag brachten wir ein Plakat am Gerüst an. "Wir können alles, außer Sanieren" kann man seither am Maschinenbauhochhaus lesen. Offenbar hat das Land die Botschaft nicht verstanden, denn es fühlt sich nicht wirklich berufen, irgendetwas zu unternehmen. Wir fingen an, Briefe zu schreiben, an die Landesregierung, die Abgeordneten der Region und einige mehr. Die Regierenden haben uns pflichtbewusst informiert den Brief weitergegeben zu haben, wohin ist uns jedoch unklar. Die nicht regierenden Politiker zeigten sich sehr betroffen und gaben uns recht. "Da muss man etwas unternehmen."

Unternommen worden sind seither genau zwei Dinge:

Erstens: Das Gerüst wurde etwas erweitert, so dass nun die Planken so weit überstehen, dass man nicht mehr hinauf klettern kann, um z.B. Plakate anzubringen (möglich auch, dass das nicht das ursprüngliche Ziel der Erweiterung war, sondern dass das Gebüsch neben dem Gerüst auch abgesichert werden sollte...).

Zweitens: Die Hausmeister, Gärtner und Beschäftigte der im Gebäude ansässigen Institute wurden in einem Schreiben darauf hingewiesen, "...dass am Gebäude 10.23 die Gefahr von herunterfallenden Farb- und Betonbrocken besteht. [...] Arbeiten in diesen Zonen sind so gering wie möglich zu halten oder zu vermeiden. Personen, die sich dennoch [...] in diesem Bereich aufhalten, [...] müssen einen Schutzhelm tragen!"

Die Angestellten werden gewarnt und geschützt, die Studenten aber nicht!? Das kann nicht sein, sagten wir uns und schafften es sehr kurzfristig 20 Sicherheitshelme zu leihen. Die "Helm-Aktion" sollte auf die Unzumutbarkeit und Lächerlichkeit solcher Sicherheitsmaßnahmen aufmerksam machen, denn wir sind der festen Überzeugung, dass nicht Schutzgerüste, Sicherheitsnetze oder Helme die Leute vor den herabfallenden Brocken schützen, sondern nur eine baldige Sanierung des gesamten

Gebäudes! Und, liebe Landesregierung: Baldig heißt nicht "vielleicht 2004!!!", denn jeder Sicherheitshelm kostet Geld, das Gerüst kostet Geld, jeder Tag kostet Geld. Je früher saniert wird, desto günstiger wird saniert. Bis zur Renovierung bleibt nur noch eine Frage offen: Wer zahlt der Fachschaft Mach/Ciw 2000 Helme für ihre Studenten???

Leif Marxen (Fachschaftsleiter Maschinenbau)



Rückmeldegebühren

Dienstag 5. November 2002, das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe berät über die Rückmeldegebühren in Baden-Württemberg.

Vor fünf Jahren wurde vom Land Baden-Württemberg beschlossen, den Studierenden bei Imatrikulation und Rückmeldung eine Gebühr von 100 DM abzuverlangen. Mit diesem Geld sollten die anfallenden Kosten für die Rückmeldung abgedeckt werden.



Der Aufschrei in den Studierendenvertretungen war groß. Man sah darin den ersten Schritt, Studiengebühren ab dem ersten Semester einzuführen, sie „hoffähig“ zu machen. Mit Hilfe von Treuhandkonten wurde versucht, diese Gebühr zu Fall zu bringen. Leider beteiligten sich nicht genügend Studierende daran, da sie fürchteten, dann von der Uni zwangsexmatrikuliert zu werden. Auf einem anderen Weg gelang dennoch ein Teil-Erfolg. Der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim urteilte 1998, dass die Gebühr in Höhe von 100,- DM den eigentlichen Verwaltungsakt um ein Vielfaches übersteige. Die Mannheimer Richter hatten aufgrund Aussagen verschiedener Universitäten Kosten in Höhe von 8,33 DM festgestellt. Das Gericht hatte Zweifel an der Verfassungsmässigkeit des Gesetzes und legte es daraufhin dem Bundesverfassungsgericht vor, welches sich nun damit beschäftigt hat.

Die Frage, die die Karlsruher Richter zu klären hatten, war, ob die Höhe von 100,- DM gerechtfertigt ist. Die Landesregierung - anwesend war Wissenschaftsminister Frankenberg - begründete die Höhe der Gebühren damit, dass dies ein Beitrag der Studierenden sei, die von ihnen „verursachten“ Kosten zu decken. Dabei bezog sich das Land nicht nur allein auf den Akt der Rückmeldung, sondern auf Verwaltungsaufgaben ganz allgemeiner Art.

Die Kläger des Ausgangsverfahrens bestanden darauf, dass im Gesetzestext ausdrücklich von der Rückmeldung die Rede sei und somit auch nur für

diesen Vorgang die Gebühr eingezogen werden dürfte. Der zweite Senat des Bundesverfassungsgericht unter Vorsitz von Prof. Winfried Hassemer ging dieser Frage sehr genau nach. Fragen nach den eigentlichen Kosten, die die Rückmeldung nun verursachen würde, konnten auch vom Präsident des Landesrechnungshof nicht beantwortet werden. Seinem Haus liegen zur Zeit keine genauen Daten vor, was die Rückmeldung den Universitäten kostet. Es wurde Mitte der 90er Jahre lediglich eine Überprüfung der Verwaltungen vorgenommen, mit der die Kosten ermittelt wurden, die durch Studierende allgemein verursacht werden. Auch die Frage eines Richters, warum nun ausgerechnet 100,- DM veranschlagt wurden und wer ihm garantieren könne, dass nicht plötzlich 5000 EUR verlangt werden, konnte der das Land vertretende Professor nicht beantworten. Sollte die Klage abgewiesen werden, dann stehen den Studierenden möglicherweise Nachzahlungen von bis zu 450,- EUR ins Haus. Denn das Land hatte zwar den Einzug der Gebühr nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshof ausgesetzt, aber auch auf jede Rückmeldung geschrieben, dass die Gebühr trotzdem anfalle. Sollten die Kläger recht bekommen, so müsste das Land viele Millionen zurückzahlen. Mit einer Entscheidung kann frühestens in einigen Wochen gerechnet werden.

(rth)

News@UStA.de

Wenn Du immer über die neuesten Aktivitäten und Aktionen des UStAs auf dem Laufenden sein willst, kannst Du Dich in unseren Newsletter eintragen. Themen des Newsletters sind z.B.:

Termine (Feste, Veranstaltungen, Aktionen), Aufrufe zur Mitarbeit (Helfer für die Feste, Jobs im UStA/SSV, Teilnahme an Aktionen), Pressemitteilungen des UStA.

Anmelden kannst Du Dich auf unserer Homepage <http://www.usta.de/>

25 Jahre Unabhängiges Modell

Wie im letzten Umag angekündigt, fanden vom 6. bis 9. November einige Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des unabhängigen Modells in Karlsruhe statt. Leider war der Besuch der Veranstaltungen meistens recht zaghaft, nur am Samstag zur Party im AKK hatten sich dann doch noch 500 Studis und Ehemalige zum Feiern bis in die frühen Morgenstunden eingefunden.

Angefangen hatte es am Mittwoch mit dem Film „Deutschland im Herbst“ von 1977 nach der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer. Ein Film, zusammengestellt von verschiedenen Regisseuren, mit teilweise sehr tiefgehenden und persönlichen Einblicken in die Gefühlswelt der Macher. Trotz des schwierigen Themas hatten wir uns entschieden, diesen Aspekt, der mit der Abschaffung der verfassten Studierendschaft verknüpft ist, auch zu bedenken.

Am Donnerstag hatten wir zum Festakt in den Audimax geladen. Gekommen waren der amtierende Rektor Prof. Horst Hippler, Prof. Heinz Draheim, Rektor von 1968 bis 1993, und vor allem Michael Kollatz, der 1978 zum ersten UStA-Vorsitzende gewählt wurde. Rektor Hippler dankte den Studierendenvertretern für ihre Arbeit in den vergangen 25 Jahren. Er forderte die Studierenden allgemein dazu auf, sich mehr an der Universität auch ausserhalb ihres Studiums zu engagieren. Michael Kollatz erzählte, wie es zur Abschaffung der verfassten Studierendschaft (VS) kam und wie sich der UStA und das Unabhängige Modell gründete. Kollatz wies auf die Studierenden feindliche Stimmung im Herbst 1977 hin. Auch wenn sich die Studierendenvertretungen klar von den Aktivitäten der RAF distanziert hatten, wurde diese als Vorwand genommen, um die VS anzuschaffen. „Die CDU griff die studentenfeindliche Stimmung auf und ließ sich auch zu scharfmacherischen Äusserungen hinreissen.“ So sei im Zusammenhang mit studentischer Interessenvertretung von der „Trockenlegung terroristischer Sümpfe“ die Rede Gewesen.

Nach diesem umfassenden Vortrag meldete sich der damalige Rektor Draheim spontan zu Wort und ergänzte den Bericht von Michael Kollatz mit seiner eigenen Erfahrung. Er begrüßte die Tatsache, dass bis heute die Studierenden in Karlsruhe mit dem Rektor reden, wenn sie Probleme hätten. Zum Abschluss der Vorträge wurde von Roger Huckle als aktuellem UStA-Vorsitzenden ein Ausblick in die Zukunft der Studierendenvertretung gewagt. Mit der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes besteht die Möglichkeit, dass auch in Baden-Württemberg eine VS wieder eingeführt wird, die auch ein hochschulpolitisches Mandat hat. Dieses politische Mandat sei auch wichtig, denn „Die Universität ist ein politischer Ort“. Es müsse möglich sein, auch über die Folgen der universitären Forschung zu sprechen. Auch im globalen Kontext müsse mehr für die Bildung getan werden, denn diese sei eine Investition in Wohlstand und Frieden, an der sich die Gesellschaft und somit die Studierenden als Teil dieser beteiligen sollte.

Am Freitag konnte Studi es sich bei Kaffee und Kuchen im UStA gemütlich machen. Die ReferentInnen und auch Michael Kollatz standen den Interessierten zu einem kurzen Plausch zur Verfügung.

Den Abschluss der Festlichkeiten bildete dann die Party im AKK. Mit HelferInnen aus den Fachschaften und anderen Aktiven im Unabhängigen Modell wurde für „Jung und Alt“ eine Disco mit abwechlungsreicher Musik organisiert. Auch nach 25 Jahren lebt das Modell noch, aber es lebt eben nur, wenn sich auch genügend Studis für ihre eigene Interessensvertretung engagieren. Wer sich engagieren möchte, dem bieten sich auch genügend Möglichkeiten. Meldet euch im UStA oder eurer Fachschaft, dort könnt ihr weitere Informationen erhalten.

(rth)





Beim Aufbau...



Prof. Heinz Draheim



Rektor Hippler und Roger Huckle



Michael Kollatz und Frank Lichtenheld

Klappe halten, Studis!

Wenn Ihr mal ne Meinung habt oder: Was ist das Politische Mandat (PM)?

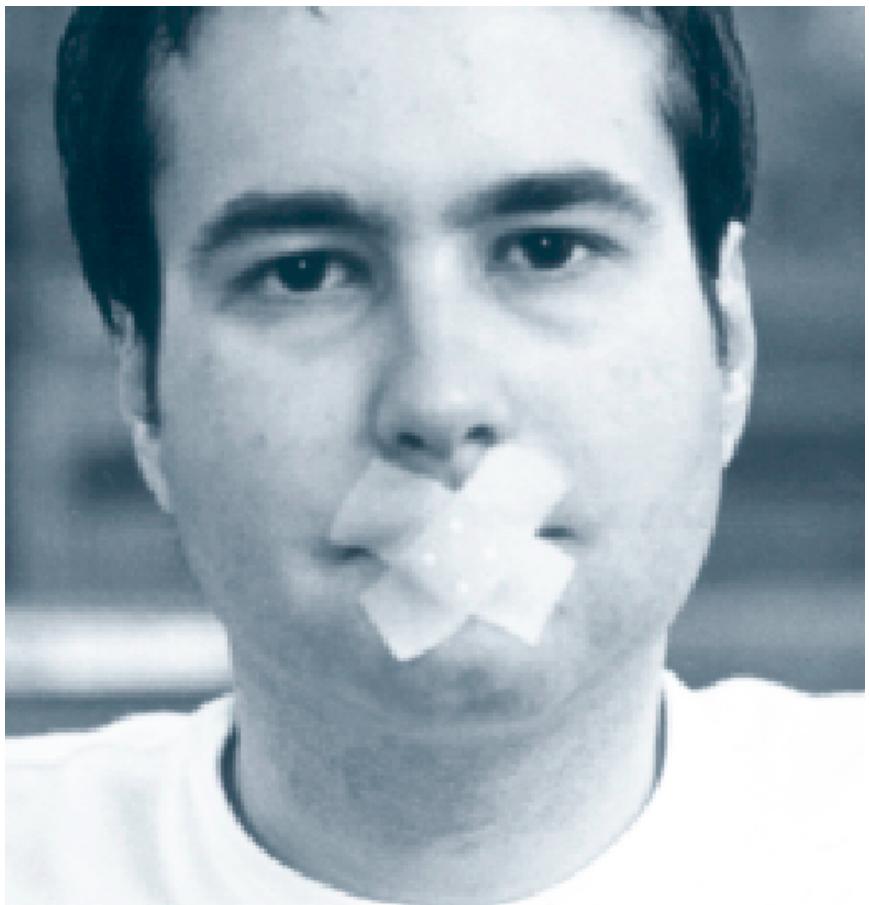
Kurz gesagt ist das politische Mandat das Recht, sich ohne Einschränkung zu politischen Themen zu äußern. Das darf Ihr aber nicht „als Studi“ (also im Rahmen der offiziellen studentischen Gremien, wie dem AStA). In den meisten demokratischen Ländern ist dieses Grundrecht auf freie Meinungsäußerung dagegen umstritten. In Deutschland wagten es einzelne, dieses Recht zu nutzen, um die Regierung zu kritisieren. Gegen Einzelne konnte der Gesetzgeber nicht direkt vorgehen, um derartige Äußerungen zu verhindern. Also versuchte man, den Organisationen, die als Interessenvertretungen diese Kritik ermöglichten und in die Öffentlichkeit trugen, einen Maulkorb zu verpassen.

Zwangskörperschaft

Gerade die Studierendenschaften sollten auf perfide Art und Weise mundtot gemacht werden. Als Vorwand diente die Rechtsform der Studierendenschaften. Jeder Studierende ist Mitglied in dieser Körperschaft öffentlichen Rechts, ähnlich wie bei der Staatsbürgerschaft für Deutsche. Es gibt üblicherweise kein Austrittsrecht ohne Exmatrikulation. Diese Zwangskörperschaft ist legitim, weil so die Aufgaben der Studierendenschaft wahrgenommen werden können, also unter anderem Selbstorganisation und Ansprechpartner nach außen. Allerdings wird dadurch das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit eingeschränkt. Die geäußerte Meinung müsse irgendwie im Rahmen des Zumutbaren bleiben, „verhältnismäßig“ sein, forderte der Gesetzgeber.

Vorwand zur Entpolitisierung

Die fehlende Verhältnismäßigkeit ist auch der Vorwand, unter dem die Interessenvertretung verboten werden sollte, wenn sie politisch unerwünscht war. Studierende würden alleine durch Mitgliedschaft in der Studierendenschaft die Meinungen und Positionen des AStA annehmen, ohne sich dagegen wehren zu können. Man rang sich in den Bundesländern ohne CDU-Regierung dazu durch, Interessenvertretung thematisch zu beschränken. Nur mit sich selbst sollten sich Studierende zukünftig beschäftigen dürfen, alles andere wäre unverhältnismäßig. Hochschulpolitik war den ASten gestattet, der Begriff des „hochschulpolitischen Mandats“ wurde geschaffen. Die CDU-regierten Länder schafften verfaßte Studierendenschaften einfach ganz ab. Einer Bundesregierung dagegen, die sich öffentlich zu Menschenrechtsverletzungen in China äußert, hat dagegen noch niemand einen Verstoß gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit vorgeworfen; niemand geht auch davon aus, daß sich einzelne Staatsangehörige diese Meinung automatisch zu eigen machen. Gewöhnlich wird eine Regierung ja auch weder von allen gewählt noch von allen Parlamentariern unterstützt. Aber für das Studierendenparlament gelten offenbar andere Regeln. Einen Maulkorb aber bekommen nur



diejenigen verpaßt, die unerwünschte Ansichten haben, neben ASten auch beispielsweise SchülerInnenvertretungen. Aber ist ein solcher Maulkorb überhaupt schlimm? Seine Verfechter führen an, daß eine Studierendenschaft die falsche Stelle für Kritik weitergehender Zusammenhänge ist. Sie sollte sich nur mit der Situation der eigenen Studierendenschaft beschäftigen. Daraus würde folgen, daß man Kritik am nigerianischen Regime der nigerianischen Studierendenschaft überlassen sollte. Übersehen wird, daß Regimekritik in anderen Ländern häufig nicht durch Gesetze, sondern durch Gewalt verhindert wird.

Wer, wenn nicht wir?

Gesellschaftliche Erneuerung und Modelle zum Wandel haben einen Platz, an dem sie erdacht werden. Wir als Studierende sind die vielleicht wichtigste Gruppe, die die Gesellschaftsstruktur reflektiert. Analyse, Kritik und Verbesserungsansätze erstarrter Strukturen waren von Studis erwünscht. Nachdem diese aber nicht mehr der Stütze der Herrschenden diente, wurde angeführt, eine solche Beschäftigung sei ja auch für jeden einzelnen Studierenden möglich. Eine organisierte Studierendenschaft sei nicht nötig. Wie studentisches Engagement und kritische Analyse aber ohne die Finanzierung durch die Studierendenschaft effektiv möglich sein sollte, konnten und wollten die Gegner des politischen Mandats nicht beantworten. Dabei ist eine demokratischere Kontrolle von Politikförderung als durch studentische Selbstverwaltung mit Finanzhöheit schlichtweg kaum denkbar.

Rechtsunsicherheit

Die Beschränkung auf Hochschulpolitik verhindert aber generell jegliche Politik. Die Urteile bezüglich des politischen Mandats bezogen sich samt und sonders auf Grenzfälle. Wenn aber sogar „eine inhaltlich wertende Auseinandersetzung mit Gegenständen des Studienfaches“ als allgemeinpolitische Äußerung verurteilt wird, kann kein AStA mehr erahnen, für welche scheinbar hochschulpolitische Äußerung er zu hohen Geldstrafen verurteilt werden kann. Die Grenze zwischen „Hochschulpolitik“ und „Allgemeinpolitik“ ist rein künstlicher Natur und allein praktisch nicht präzise festzulegen. Im AStA hat man nun qua Amt ein Bein im Gefängnis.

Die Karten werden neu gemischt

Rot-grün hat erkannt, daß es so nicht weitergehen kann. Für alle Bundesländer ist nun eine verfaßte Studierendenschaft vorgeschrieben. Die Grenzen, in denen sich ein AStA äußern darf, werden erweitert -

nicht so weit wie gewünscht, aber so lange das Gesetz nicht weiter abgeschwächt ist, läßt es sich damit arbeiten. Das neue Hochschulrahmengesetz aber ändert die geltende Rechtsprechung tatsächlich. Die von vornherein nicht sinnvolle „Grenze zur Allgemeinpolitik“ verschiebt sich zugunsten der freien Meinungsäußerung. Leider dauert es noch Jahre, bis die Länder das Gesetz umsetzen müssen. Unsere fürsorgliche Landesregierung möchte das aber nicht, ganz und gar nicht. Deshalb klagt sie gegen das Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht. Es gibt also bis zur endgültigen Klärung eigentlich nur einen Tipp: Engagiert Euch weiterhin im Unabhängigen Modell! Unterstützt die Fachschaften und den UStA! Kauft Beitragsmarken, redet mit Euren Kommilitoninnen und Kommilitonen darüber, besucht das UStA Winterfest, geht wählen!

(mc)

IMPRESSUM

Das **UStA-Magazin** ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der Universität Karlsruhe. Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Manuskripte sind gerne willkommen, allerdings kann dafür keine Haftung übernommen werden. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich im UStA oder bei eurer Fachschaft.

Titelbild: Foto von Simone Szurmant

Redaktion: Malte Cornils, Roger Huckle, Sabine Krieger, Frank Lichtenheld

Artikel schrieben: ReferentInnen des UStA (durch Kürzel markiert)

Druck: StudierendenServiceVerein SSV

Auflage: 1000

V.i.S.d.P.: Roger Huckle

UStA der Uni Karlsruhe

Adenauerring 7

76131 Karlsruhe

[Tel.: 0721/608-8460](tel:0721/608-8460)

email.umag@usta.de

<http://www.usta.de>

Kurz Notiert

Hotel Justice

Am 27.11. holt der UStA zusammen mit dem DGB, Attac, Caritas und dem studentischen Kulturzentrum die Berliner Compagnie mit ihrem aktuellen Stück „Hotel Justice“ nach Karlsruhe. Sie spielen ab 20:00h im Festsaal des Studentenhauses. Karten bekommt ihr im UStA oder an der Abendkasse (8,-/5,- ermäßigt). Informationen zu dem Stück findet ihr unter: www.berlinerkompagnie.de

Festkomittee

Auf der ersten Sitzung des Festkomitees wurde beschlossen den regelmäßigen Termin auf Donnerstag, 19:00h zu legen, Ort bleibt das UStA-Büro. Ihr seid alle herzlich eingeladen, bei der Festorganisation mitzumachen. Bei Fragen einfach ein mail an: kultur@usta.de.

Evaluationskomission

Das StuPa hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich näher mit dem Thema Evaluation auseinanderzusetzen. Dazu wurde eine Kommission eingerichtet, die sich zuerst einen Überblick über die verschiedenen Formen der Evaluation an der Universität Karlsruhe verschaffen soll, um danach eine Position zum Thema zu entwickeln. Wer Interesse an einer Mitarbeit in dieser Kommission hat, kann sich an Malte Cornils (mcornils@usta.de) wenden.

Rhetorikkurs für Frauen

Gibt es eine „weibliche“ Rhethorik? Wie will ich mich als Frau präsentieren, Sprechängste abbauen, sicherer auftreten, Feedback geben, unterhalten? 14. und 15. Dezember, 10 bis 18 Uhr. Anmeldung im UStA-Büro, Kostenbeitrag 25 Euro.

Termine

- 05.12. Winterfest der Geist./Soz.-Fachschaft, 20:00h, Halle des alten Stadions
- 05.12. Kölschschlonz im AKK
- 05.12. Reservoir Dogs, HMO 20 Uhr (AFK)
- 07.12. Jahresfeier der Universität, 10:00h, Audimax
- 10.12. Reservoir Dogs, HMO 20 Uhr (AFK)
- 12.12. Winterfest der Mach./Ciw.-Fachschaft
- 12.12. Irlandschlonz im AKK
- 12.12. Forgotten Silver, HMO 20 Uhr (AFK)
- 13.12. Winterfest der Fachschaften Bio/Geo und Chemie
- 17.12. Winterfest der Etec-Fachschaft
- 17.12. Tom & Jerry-Festival, HMO 20 Uhr (AFK)
- 19.12. Märchenschlonz im AKK

Drucker gesucht!

Natürlich suchen wir keine gelernten Druck-“Ingenieure”. Unsere bisherigen Drucker werden Euch schnell und sicher in den Job einführen. Eine gewisse Vorstellung im Umgang mit Maschinen solltet Ihr aber mitbringen. Dieser Job ist vor allem für eine etwas längerfristige Beschäftigung gedacht: zwei oder mehr Semester sollten es schon sein, da sonst die Einarbeitung zu aufwendig wäre.

Die Bezahlung setzt sich aus einem Grundbetrag plus Auftragsbonus zusammen. Näheres erfahrt Ihr auf Anfrage. Interessenten melden sich entweder über E-mail: druckerei@usta.de oder über normale Post: SSV Druckerei, Adenauerring 7, 76131 Karlsruhe oder melden sich zu den